

20.12.2016

**Grußwort der Frankfurter  
SPD-Bundestagsabgeordneten Ulli Nissen  
zur 200. Montagsdemo  
am Frankfurter Flughafen**



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir alle wissen: Verkehrslärm ist über den Flughafen hinaus der Stressfaktor der Großstädte und hat schwerwiegende gesundheitliche Folgen. Die vom Fluglärm Betroffenen bei uns im Rhein-Main-Gebiet wissen am besten, was damit gemeint ist. Dafür braucht es keine NORAH-Studie.

Deshalb gehen so viele Menschen jeden Montag demonstrieren. Nun zum 200. Mal. Sie zeigen: Nicht mit uns - so nicht - denn es geht um unsere Gesundheit! Und es ist wichtig, dass Sie weitermachen, weiter Druck ausüben, zeigen, dass Sie nicht nachlassen. Zu Solidarität in der Region aufrufen. Denn nur dann können wir auch etwas bewegen!

Lärm, gerade Fluglärm und deshalb auch Lärmschutz ist hier bei uns in Frankfurt eines der wichtigsten Themen und ein Thema, das ich sehr ernst nehme. Auch deshalb wollte ich in den Umweltausschuss des Deutschen Bundestages. Dort bin ich nun zuständig für das Thema Immissionsschutz – also für den Schutz vor Lärm und anderen Umwelteinflüssen.

Als Berichterstatterin für das Thema Fluglärm im Ausschuss Umwelt und Bauen trage ich die Sorgen und Nöte der lärmgeplagten Anwohnerinnen und Anwohner in den Deutschen Bundestag. Ich sensibilisiere die Kolleginnen und Kollegen für das Thema, um sozusagen den Boden zu bereiten für weitere Schritte. Es ist jedoch ein zähes Ringen in dieser Koalition – da muss ich ehrlich sein.

Aber der Bund ist nur in Teilen hier zuständig. Hauptsächlich sind Land und Stadt hier in der politischen Verantwortung. Im Koalitionsvertrag hat die rot-schwarz-grüne Stadtregierung festgelegt: Der Fluglärm muss deutlich reduziert werden. Dass dies nun im Vertrag steht, ist ein Verdienst der SPD Frankfurt. Wir haben uns vehement dafür eingesetzt und kämpfen weiter dafür, dass den Worten Taten folgen. Außerdem wird die Koalition sich dafür einsetzen, dass es weniger Flugbewegungen in den Nachtrandstunden zwischen 22:00 Uhr und 23:00 Uhr und zwischen 05:00 Uhr und 06:00 Uhr geben wird.

Ich persönlich setze mich weiter für ein Nachtflugverbot von 22-6 Uhr ein.

Für öffentliche Gebäude wie Schulen, Kindergärten und Altenwohnanlagen will die Koalition die kommunalen Aktivitäten zum passiven Schallschutz weiter ausbauen. Die Landeentgelte müssen weiter gespreizt werden und es muss mehr Verkehr von der Kurzstrecke auf die Schienen verlagert werden.

Alle sind gefordert - Für Fraport gilt: Lärmschutz muss stärker noch als bisher klares Unternehmensziel werden. Um die Lärmsituation mit eigenen Instrumenten bewerten zu können, wird eine eigenständige Lärmmessstation eingerichtet.

Wir unterstützen auch das Land in seinen Bemühungen, durch Lärmobergrenzen, Lärmpausen und der Spreizung der Landeentgelte zu weiteren Lärmreduzierungen zu kommen und treten zudem für eine Ausweitung der Lärmpausen auf die Schwachverkehrszeiten ein.

Das Konzept einer Lärmobergrenze, wie es Tarek-Al-Wazir 2016 vorgelegt hat, entspricht diesen Vorgaben des Koalitionsvertrags nicht. Nach dem vorliegenden Konzept wird es nicht nur nicht leiser für die Betroffenen – es kann sogar lauter werden!

Stolz sind wir in der SPD Frankfurt auch auf die neue Stabsstelle Fluglärm – eine Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger, zur Organisation von Informationsveranstaltungen, zur Erarbeitung von Kriterien für regionale Lärmobergrenzen. Die Leitung der Stabsstelle hat Ursula Fechter – die die Interessen der Fluglärm betroffenen mit ihrer jahrelangen Expertise fabelhaft vertritt und das Ohr auch weiterhin an den Bürgerinitiativen hat – sie weiß, wo der Schuh vor Ort am meisten drückt – und hat auch die Lösungen dafür parat.

Wir müssen die wirtschaftliche Stärke des Flughafens in Einklang mit weiteren Lärmreduzierungen bringen - denn gesichert werden muss auch die Gesundheit der Bevölkerung. Dazu muss es im Vergleich zum Hier und Jetzt deutlich leiser werden.

Wir lassen nicht nach – ich unterstütze Sie auch weiterhin mit all meinen Möglichkeiten!

Ihre

Ulli Nissen, Mdb